

nr. 2 – mai 2021

ecke **müllerstraße**

zeitung für das »lebendige zentrum« und sanierungsgebiet müllerstraße. Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



neuwahl der stadtteilvertretung mensch.müller am 10. juni

WELCHE ECKE?



Wo hat unser Fotograf Christoph Eckelt dieses Foto aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir einen Gutschein über 20 Euro für das Kino Alhambra. Schicken Sie uns Ihre Antwort bitte per Post an: Ulrike Steglich c/o ecke müllerstraße, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: ecke.mueller@gmx.net. Einsendeschluss ist Montag, der 31. Mai 2021. Das Bilderrätsel in der ecke müllerstraße 1/2021 zeigte den Blick aus dem Kindertheater »Atze« im ehemaligen Max-Beckmann-Saal. Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern. Gewinnerin des Kinogutscheins ist Adina Seidel – herzlichen Glückwunsch!

Fixpunkt im Bauwagen

Seit Anfang März steht auf dem Leopoldplatz vor der Neuen Nazarethkirche ein Bauwagen des Fixpunkt e.V. Dort betreut der Träger suchtkranke und teilweise obdachlose Menschen, die sich auf dem Leopoldplatz treffen. Der Bauwagen wurde von einem privaten Unternehmer gespendet und ersetzt das Behelfszelt. Die alten Räumlichkeiten von Fixpunkt in der Nazarethkirchstraße 50 wurden von der evangelischen Nazarethkirchgemeinde für ihre Kita benötigt. Die Zwischenlösung mit dem Bauwagen ist gilt vorerst nur bis Anfang Juni. Der Bezirk ist weiterhin auf der Suche nach Räumlichkeiten für die Betreuung von suchtkranken Menschen im Gebiet um den Leopoldplatz.

Die nächste Ausgabe

der Ecke Müllerstraße erscheint Mitte Juni 2021.

Lokales Soziales Kapital:
Antragsfrist endet am 28.5.

Der Ideenwettbewerb für das Programm Lokales Soziales Kapital (LSK) läuft noch bis zum 28.05.2021. Dabei werden Mikroprojekte gefördert, die den sozialen Zusammenhalt stärken und neue Beschäftigungschancen für benachteiligte Gruppen im Bezirk eröffnen. Die Projektträger werden gebeten, mit Ihren Vorhaben einen Bezug zu einem Sozialraum in Mitte herzustellen. Formulare, Programmbeschreibung und weitere Informationen findet man unter www.bbwa-berlin.de (Förderprogramme/LSK/Download).

Ecke im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Müllerstraße« sind abrufbar unter: www.muellerstrasse-aktiv.de

INHALT

Seite 3 Tag der Städtebauförderung

Seite 4/5 Neuwahl der Stadtteilvertretung mensch.müller

Seite 6 Manga Bell oder Nachtigal?

Seite 7 Bezirkswahl wird spannend

Seite 8/9 Trading Down der Müllerstraße?

Seite 10 Wann kommt die Parkraumbewirtschaftung?

Aus dem Bezirk Mitte:

- Seite 11 Ende des Mietendeckels
- Seite 12/13 Wie weiter mit dem Einzelhandel?
- Seite 14 100 Jahre Groß-Berlin: Die versäumte Verwaltungsreform, Teil 3

Seite 15 Adressen + Gebietskarte

Seite 16 Eckensteher

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, eckemueller@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail, und wir nehmen Sie in unseren Mail-Verteiler auf: eckemueller@gmx.net

Soll man oder darf man nicht?

Am 8. Mai ist (eigentlich) Tag der Städtebauförderung

Am zweiten Samstag im Mai wird in ganz Deutschland seit einigen Jahren der »Tag der Städtebauförderung« begangen. Überall im Bundesgebiet finden dann große öffentliche Veranstaltungen statt: feierliche Eröffnungen von Straßen und Plätzen, die mit Unterstützung von Förderprogrammen erneuert wurden, Stadtrundgänge durch die Fördergebiete oder Informationsveranstaltungen zu aktuellen Vorhaben in diesen Bereichen.

Normalerweise würden diese Veranstaltungen in der zeitlichen Umgebung des Tages der Städtebauförderung sowieso stattfinden. Aber die Bündelung an einem Tag erleichtert die Öffentlichkeitsarbeit: Die Lokalpresse wird dann ziemlich sicher über die Ereignisse berichten, weil sie sich den Tag schon im internen Jahreskalender vorgemerkt hat. Und in Berlin, wo die Lokalpresse sich einzelne Veranstaltungen herauspicken muss, weil sie nicht über alle berichten kann, kann der Senat Beilagen für Tageszeitungen produzieren lassen und Top-Ereignisse herausstellen, wo dann der Bürgermeister oder der Senator erscheint.

Vor allem in Wahlkampfzeiten sind diese Beilagen erfahrungsgemäß besonders umfangreich, weil die Politik natürlich diese Möglichkeit der Selbstdarstellung wahrnehmen will und im Vorfeld auf eine breite Beteiligung drängt. In diesem Jahr ist aber alles anders. Obwohl in Berlin sogar gleich doppelt gewählt wird, steht zwei Wochen vor dem Termin das Berliner Veranstaltungsprogramm noch nicht fest: »Das Programm wird in Kürze veröffentlicht«, so heißt es auf der entsprechenden Website des Senats. Man erfährt aber, dass in diesem Jahr Jubiläum gefeiert wird: »50 Jahre gemeinsam Berlin gestalten« lautet das Motto. Es erinnert daran, dass im Jahr 1971 mit dem Städtebauför-

dergesetz die rechtliche Grundlage für die Städtebauförderung des Bundes geschaffen wurde. Insgesamt 19,3 Milliarden Euro hat allein der Bund seitdem investiert. Jeder Euro Städtebauförderung, so rechnet er in einer Broschüre heute vor, generierte dabei 7 Euro private oder öffentliche Bauinvestition.

In diesem Jahr ist aber, wie gesagt, alles anders. Den Grund kann sich jeder denken: die leidige Pandemie. Man kann kaum gleichzeitig Ausgangssperren verhängen und echte Veranstaltungen mit lebhaften Menschen planen, auch wenn die im Freien stattfinden würden. Und Livestreams im Internet zu lokalen, aber auch komplizierten Themen guckt sich erfahrungsgemäß kaum jemand an. Weil man aber nie genau weiß, wie sich die Inzidenzkurve entwickelt, sind in den meisten Fördergebieten öffentliche Veranstaltungen in Vorbereitung. Ob sie tatsächlich stattfinden dürfen, wird sich wohl erst kurz vor dem 8. Mai entscheiden. cs

Tag der Städtebauförderung am Weddingplatz

Auch im Lebendigen Zentrum Müllerstraße wird ein Programm zum Tag der Städtebauförderung vorbereitet. Geplant ist um 12 Uhr die Vorstellung der aktuellen Planung für den Weddingplatz durch den Landschaftsarchitekten Franz Reschke. Die Pläne sollen anschließend in der Schiller-Bibliothek ausgehängt werden. Die wird allerdings Anfang Mai wohl noch nicht wieder geöffnet sein. Ob die Freiluftveranstaltung stattfinden kann, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Auf der Website des Lebendigen Zentrums Müllerstraße www.muellerstrasse-aktiv.de kann man sich kurzfristig informieren. Auch ist geplant, am Weddingplatz entsprechende Plakate und Aushänge anzubringen.

Der Weddingplatz befindet sich am südlichen Ende des Lebendigen Zentrums am letzten Zipfel der Reinickendorfer Straße.

Jetzt anmelden: Tag des Offenen Denkmals am 11. und 12. September

Wenn wir mit den Impfungen erwartungsgemäß vorankommen, müsste der »Tag des offenen Denkmals« am 11. und 12. September – also zwei Wochen vor den Wahlen – in ganz besonderer Weise stattfinden können. Das Motto lautet in diesem Jahr »sinnlich und sinnvoll« – und der 12. September wird gleichzeitig vom Landesmusikrat als »Tag der Orgel« zelebriert. Ein Orgelkonzert in einer vollbesetzten Kirche? Nicht nur gläubige Christen träumen derzeit nur von solcherlei Kunstgenüssen!

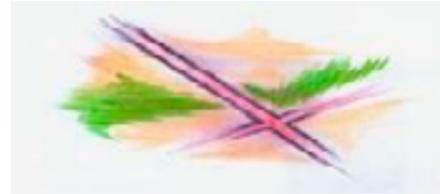
Wer sich aktiv mit einer Veranstaltung am Tag des Offenen Denkmals beteiligen will, sollte sich frühzeitig beim Landesdenkmalamt anmelden.



**Mach mit!
Gestalte
Deinen Kiez!**

mensch.müller

Ihre Stadtteilvertretung rund um die Müllerstraße!
www.stadtteilvertretung.de



Kandidatur zur Stadtteilvertretung *mensch.müller* 10. Juni 2021

Stadtteilvertretung des Aktiven Zentrums (AZ) und Sanierungsgebiets Müllerstraße

Ich möchte mich als Stadtteilvertreter*in engagieren:

Name: _____

Ich möchte mich privat engagieren.
 für die Institution _____ engagieren.

Anschrift*: _____

Telefon*: _____

E-Mail*: _____

Tätigkeit*: _____

* Nur für interne Verwendung

Werte und Grundüberzeugungen der Stadtteilvertretung *mensch.müller*.

Als Stadtteilvertretung sind wir der Überzeugung, dass der besondere Charme dieses Wohngebietes zu erhalten ist: Eine in Bezug auf Einkommen, Bildungshintergrund und ethnischer Herkunft sehr bunt gemischte Bevölkerung hat in der Regel einen von Toleranz und gegenseitiger Anteilnahme bestimmten Umgang miteinander gefunden. Wir möchten diese Mischung erhalten und weiterentwickeln und wenden uns in diesem Zusammenhang auch gegen jegliche Diskriminierung insbesondere hinsichtlich der Hautfarbe, der ethnischen Herkunft, der Religion, des Geschlechts, der sexuellen Identität, des Alters, der sozialen Herkunft oder von Menschen mit Behinderung (entsprechend Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union).

Ich kandidiere für die Wahl als Stadtteilvertreter*in der Stadtteilvertretung *mensch.müller* am 10. Juni 2021. Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Aufgaben und die Überzeugungen der Stadtteilvertretung.

- Ich möchte mich besonders engagieren für:
(z.B. Verkehrsplanung, Umfeldgestaltung, Gewerbe u.a.m.) _____
- Ich stimme der Verwendung der persönlichen Daten im Zusammenhang mit der Wahl der Stadtteilvertretung zu. Nach der Wahl werden die erhobenen Daten vernichtet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte bis spätestens zum 06. Juni 2021 (Bewerbungsschluss) als eingescannter E-Mail-Anhang an menschmueller@stadtteilvertretung.de; oder persönlich bei der Stadtteilvertretung (beim Kiezspaziergang am 29.05 um 15:00, Treffpunkt Kamerunerstr./Ecke Togostr.); oder im Rathaus Wedding, Müllerstr. 146 (Pfortnerloge) abgeben.



Wahlaufruf

zur Wahl der 6. Stadtteilvertretung *mensch.müller* am 10. Juni 2021

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn, liebe Engagierte, liebe Gewerbetreibende,

am 10. Juni 2021 wird die Stadtteilvertretung *mensch.müller* für das Sanierungsgebiet Müllerstraße in ihre sechste Amtszeit seit Gründung im Jahr 2009 gewählt. In ihr setzen sich Anwohner:innen, Gewerbetreibende, Arbeitnehmer:innen und Vertreter:innen von lokalen Initiativen und Einrichtungen im Interesse aller Anwohnenden ein. Die Aufgabe der Stadtteilvertretung ist es, an der Gestaltung des Stadtteils mitzuwirken und die Wünsche, Forderungen und Anregungen der hier wohnenden und arbeitenden Menschen gegenüber der Bezirkspolitik und -verwaltung zu vertreten.

In den vergangenen Monaten und Jahren wurden einige Erfolge durch die Mitwirkung und das Engagement von *mensch.müller* erreicht, wie zum Beispiel der Erhalt des Café Leo, für den wir gerade erneut kämpfen, die Benennung des Elise-und-Otto-Hampel-Wegs, die Berücksichtigung der Interessen der Anwohner:innen bei der Neugestaltung des Max-Josef-Metzger-Platzes und des Zeppelinplatzes, das kompetente Mitwirken beim Weddingplatz und beim Nebenstraßenkonzept oder die gestiegene Anerkennung unserer Arbeit bei politischen Akteur:innen. Auch unsere Spendenaktionen während der Corona-Pandemie haben viel Zuspruch und Aufmerksamkeit erhalten. Bei anderen Themen sind wir bislang noch nicht erfolgreich bei der Verwaltung durchgedrungen und zählen daher auf das Engagement neuer Stadtteilvertreter:innen. So brauchen wir endlich den versprochenen sicheren Radweg auf der Müllerstraße und einen Umbau dieser Hauptver-

kehrsader mit ausreichend Platz auch für den Fuß- und Lieferverkehr sowie für den ÖPNV. Neben verkehrsbezogenen Vorhaben stehen ebenso die Bewahrung der im Wedding einzigartigen Milieustruktur, eine angemessene und umfassende Bürger:innenbeteiligung sowie die Vernetzung mit lokalen Initiativen in unserem Fokus.

Wir wünschen uns, dass sich die zukünftigen Stadtteilvertreter:innen aktiv als Expert:innen für die angrenzenden Kieze einsetzen, Gestaltungsprozesse engagiert begleiten und zukunftsfähige Verbesserungen für Nutzer:innen und Anlieger erwirken. Neben den monatlichen Sitzungen findet die themenspezifische Bearbeitung durch unsere (Neu-)Mitglieder meist in Arbeitsgruppen statt. Die aktuellen Mitglieder der Stadtteilvertretung bleiben dem Gremium erhalten und müssen sich nicht neu bewerben.

Mithilfe des Kandidat:innenbogens können interessierte Bürger:innen kandidieren und am 10. Juni 2021 an der Wahlversammlung teilnehmen. Das Formular können Sie dieser Ausgabe der Ecke Müllerstraße entnehmen, erhalten es aber auch beim Pfortner im Rathaus Wedding sowie auf unserer Homepage.

Bewerbungsschluss ist der 06. Juni 2021.

Wir sind gespannt, für welche Themen sich zukünftige Stadtteilvertreter:innen in den kommenden Jahren besonders stark machen werden und freuen uns über die Mitarbeit aller, die sich für das Umfeld »ihrer« Müllerstraße interessieren.

*Auf eine zukünftige Zusammenarbeit freut sich:
mensch.müller
Ihre Stadtteilvertretung rund um die Müllerstraße*

**WAHL ZUR
STADTTEILVERTRETUNG
MÜLLERSTRASSE
MACH MIT!
KANDIDIERE ALS
STADTTEILVERTRETER/IN!**

**10. JUNI 2021 // 19:00 UHR
ORT: LESEGARTEN DER SCHILLER-BIBLIOTHEK
ODER UNTER DEM EHEM. BVV-SAAL - JE NACH WETTER**

**ALLE INFOS:
WWW.STADTTEILVERTRETUNG.DE**



Gedenkstätte für Kolonialverbrechen?

Im Afrikanischen Viertel gäbe es einen guten Standort

Wie heißt der Platz auf diesem Foto? Auf den Straßenschildern ist er noch unter seinem alten Namen geführt: Nachtigalplatz, benannt nach dem Afrikaforscher Gustav Nachtigal (1834–1885). Der war einerseits ein Wissenschaftler, aus dessen Vorarbeiten sich später ein ganzer Wissenschaftszweig, die Ethnologie, entwickeln sollte. Auf der anderen Seite war er aber auch ein Wegbereiter des deutschen Kolonialismus und zeitweise einer der höchsten deutschen Kolonialbeamten.

Der Platzname missfiel nicht nur vielen afrikastämmigen Berlinerinnen und Berlinern. Warum sollte die Stadt einen ehemaligen Kolonialbeamten ehren, indem sie einen Platz nach ihm nennt? Ist das nicht eine Legitimation des Kolonialismus, der seine Zwangsherrschaft auf einem kruden Rassismus gründete, der die Menschheit nach Hautfarbe klassifiziert?

In einem langwierigen Verfahren wurde eine Umbenennung nicht nur des Nachtigalplatzes, sondern auch der benachbarten Lüderitzstraße und der Petersallee beschlossen, die sogar nach deutlich blutrünstigeren Pionieren des deutschen Kolonialismus benannt sind. Der Beschluss fiel in der BVV Mitte nach zweijähriger Debatte im April und Oktober 2018. Per Allgemeinverfügung wurden die neuen Namen festgesetzt: aus dem Nachtigalplatz wurde der Manga-Bell-Platz. Widersprüche von 127 Anwohnerinnen und Anwohnern wurden am 22. 12. 2019 kostenpflichtig abgelehnt (je etwa 150 Euro wurden berechnet, worauf im Vorfeld allerdings niemand hingewiesen hatte).

Aber warum heißt der Platz drei Jahre nach seiner Umbenennung immer noch Nachtigalplatz, warum sind die Straßenschilder noch nicht längst ausgetauscht? Es gab noch einen Widerspruch, den man nicht unter den Tisch bügeln konnte. Er kam aus Kamerun, von einem Nachfahren des Namensgebers: König Jean-Yves Eboumbou Dualla Bell. Der freute sich zwar über die Ehrung seines Vorfahren, der 1914 nach einer Rebellion gegen eine Vertreibungsaktion der deutschen Kolonialherren hingerichtet worden war. Aber er bemängelte, dass der Name nicht der richtige sei. »Bell« sei eine Erfindung der Kolonialherren, die ihn besser aussprechen konnten als den traditionellen Familiennamen Bonamanga (Nachfahre von Manga). Und auch »Duala« gehöre zum Namen. So nennt sich das Volk, das er anführte. Einfach nur »Manga Bell« führt also auf jeden Fall in die falsche Spur: Manga ist nicht der Vorname des Geehrten. Bei Wikipedia ist er unter dem Namen Rudolf Duala Manga Bell verzeichnet.

An und für sich könnte man meinen, die Beantwortung dieser Frage wäre nicht dringlich, derzeit stünden wichtigere Probleme an. Unterdessen geht die Debatte aber weiter. Es wird derzeit zum Beispiel ganz konkret über mögliche Gedenkstätten diskutiert, die im Zentrum der deutschen Hauptstadt an unsere historische Rolle im europäischen Kolonialismus erinnern sollen: zum Beispiel an die »Berliner Konferenz« von 1884/1885, auf der die europäischen Kolonialmächte Afrika untereinander aufteilten. Oder an den Völkermord an den Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika (Namibia) zwischen 1904 und 1908. An die Beteiligung an der Niederschlagung des Boxeraufstands in China in den Jahren 1900 und 1901. Die Liste könnte noch weitergeführt werden.

Der Nachtigalplatz könnte dabei eine Rolle spielen. Denn im historischen Regierungsviertel Berlins reicht der Platz nicht, um an alle Verbrechen Deutschlands auf den verschiedenen Kontinenten zu erinnern. Das Mahnmal für die Ermordung der Juden in Europa und die Topographie des Terrors prägen den Bereich bereits so stark, dass eine weitere Gedenkstätte hier schlichtweg untergehen würde. Das würde dem Anliegen nicht gerecht. Die Originalschauplätze der Kolonialverbrechen in der Wilhelmstraße sind also für größere Objekte als Gedenk- und Erinnerungstafeln nicht geeignet.

Deshalb ist es sinnvoll, mit der Enthüllung eines neuen Straßenschildes am ehemaligen Nachtigalplatz noch etwas zu warten. Reichlich Platz für ein Mahnmal wäre hier nämlich vorhanden. Lokale Bezüge gibt es hier allein schon wegen der Bezeichnung der Gegend als »Afrikanisches Viertel«. An was genau hier erinnert werden soll, müsste aber geklärt werden, bevor man den Platz endgültig umbenennet. cs

Spannende Bezirkswahl

Sprecher von mensch.müller will Bezirksbürgermeister werden

Die Kandidatenkür für die Bezirkswahl am 26. September ist abgeschlossen. Die Partei, die dabei am besten abschnidet, hat die größten Chancen, in den kommenden fünf Jahren den Bezirksbürgermeister zu stellen. Die Linke schickt Christoph Keller ins Rennen, der unter anderem auch Sprecher der Stadtteilvertretung mensch.müller ist. Für Bündnis 90/Die Grünen wird der amtierende Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel als Spitzenkandidat antreten, für die SPD der amtierende Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Soziales Ephraim Gothe und für die CDU der Bezirksstadtrat für Schule, Sport und Facility Management, Carsten Spallek.

Die letzte Bezirkswahl am 18. September 2016 gewannen die Grünen hauchdünn mit nur 159 Stimmen Vorsprung von der SPD. Das hatte große Auswirkungen: nicht nur, weil Stephan von Dassel deshalb Bezirksbürgermeister werden konnte, sondern auch, weil die Grünen somit das Anrecht auf einen zweiten Sitz im fünfköpfigen Bezirksamt gewannen, der seitdem von Sabine Weißler eingenommen wird. Die Linke lag sechs Prozent hinter den Grünen auf Platz drei, die CDU schaffte mit 13,5% nur den vierten Platz. Bei der Bundestagswahl im darauffolgenden Jahr bekamen dagegen die Linke die meisten Zweitstimmen und die SPD die meisten Erststimmen (für Eva Högl). Wie die Bezirkswahl in diesem Jahr ausgehen wird, ist daher noch völlig offen. Zwar legen die Grünen zuletzt bundesweit in fast allen Umfragen deutlich zu und haben ihren Anteil seit der letzten Bundestagswahl mehr als verdoppelt, ja teilweise sogar verdreifacht. Aber in Berlin scheinen sie von diesem Höhenflug kaum zu profitieren. Und auf Bezirksebene finden sowieso keine Umfragen statt. cs

Aus Simit Evi wird Café Old Style

Das »Simit-Evi« vor der Schiller-Bibliothek war Anfang des Jahres für mehrere Wochen geschlossen. Deshalb hatten schon viele vermutet, das beliebte türkische Bistro habe die Corona-Pandemie nicht überlebt. Falsch! Es wurde nur renoviert und instandgesetzt und unter dem neuen Namen »Café Old Style« am 11. April neu eröffnet. »Simit Evi« ist nämlich der türkische Name für die beliebten Sesam-Kringel und hat daher keinen großen Wiedererkennungswert. Das Angebot bleibt weiterhin traditionell – und old style sind auch die Preise.

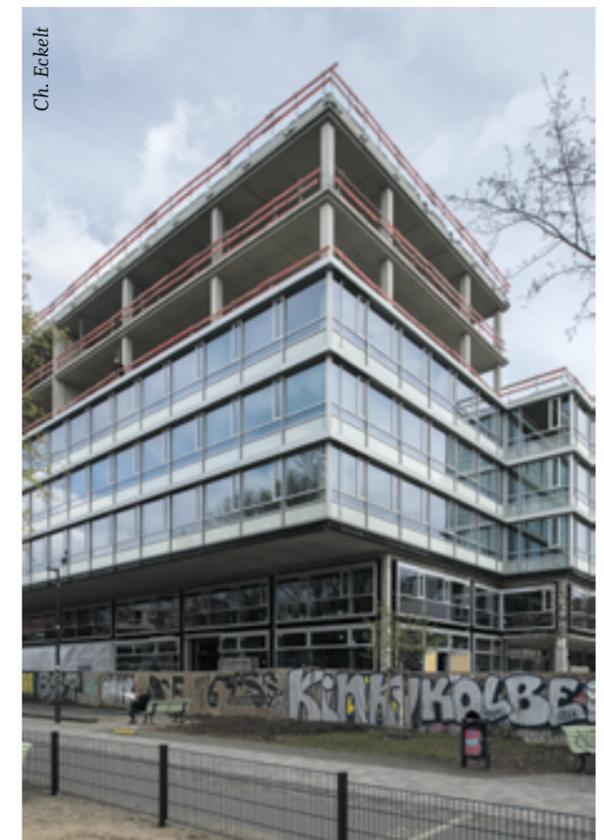
Jetzt muss nur noch die blöde Pandemie zu Ende gehen, so dass man sich wieder draußen auf den Rathausvorplatz schön hinsetzen kann, mit einem türkischen Tee, einem leckeren Sesam-Kringel und vor allem mit einem interessanten Gesprächspartner!

Sehenswert: »Charité intensiv«

Es geschieht tagtäglich gleich um die Ecke: Auf der Corona-Intensivstation des Virchow Klinikums kämpfen Ärzte und Pfleger um das Leben ihrer Patienten. Genau die Situation also, vor der wir uns alle so fürchten, für die wir aber kaum Bilder haben. Das kann sich jetzt ändern. Ein Filmteam um den Regisseur Carl Gierstorfer war zwischen Mitte Dezember und März für den rbb im Virchow. Vier sehenswerte, halbstündige Filmkapitel sind dabei herausgekommen: »Entstanden ist ein minimalistischer Film, Musik gibt es nur zu Beginn und Ende jeder Folge, Effekte sowieso nicht. Zum Glück, denn die Bilder sprechen für sich«, schreibt die Zeit. In der Mediathek der ARD stehen sie noch bis April kommenden Jahres bereit.

Das Skelett ist noch erkennbar

Zwischen Nettelbeckplatz und Müllerstraße tut sich städtebaulich derzeit eine Menge. Dort entstehen große Bürogebäude, wie hier im Bild auf dem ehemaligen Parkplatz der Post am Nettelbeckplatz. Im April wurden die Fassadenteile angehängt, auf dem Foto ist das tragende Skelett des Rohbaus noch zu erkennen. Die Lage in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Wedding ist besonders attraktiv. Denn die gute Anbindung an den S-Bahn-Ring und die U-Bahnlinie 6 wird es den künftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern leicht machen, zur Arbeit zu kommen. Vor allem für Betriebe in Branchen mit großer Personalnachfrage wie etwa IT ist das ein großer Vorteil.



Trading-Down der Müllerstraße?

Die Geschäftsstraße hat klare Funktionsmängel

Auch vor der Pandemie litt das »Hauptzentrum Müllerstraße« schon unter großen Problemen. Das geht aus der Fortschreibung des »Einzelhandels- und Zentrenkonzepts für den Bezirk Mitte von Berlin« hervor, das im März fertig gestellt wurde.

Das »Hauptzentrum Müllerstraße« zieht sich über rund 1,6 Kilometer entlang der Hauptgeschäftsstraße des Wedding. In der langgestreckten Achse deckt es sich in etwa mit dem städtebaulichen Fördergebiet »Lebendiges Zentrum Müllerstraße« (Karte auf Seite 15), jedoch ohne dessen Querachse zwischen Leopoldplatz und Beuth-Hochschule für Technik aufzunehmen. Ein Hauptzentrum kommt in der Hierarchie der Berliner Geschäftszentren gleich nach den gesamtstädtischen »Zentrumsbereichskernen« wie Alexanderplatz, Friedrichstraße oder Potsdamer Platz und vor »Stadtteilzentren« wie der Turm- oder der Badstraße sowie den »Ortsteilzentren« wie der Potsdamer Straße. Je weiter oben in dieser Abstufung, desto mehr Handelsflächen können im Gebiet insgesamt genehmigt werden und desto größer dürfen sie im Einzelnen sein. Nach dem aktuellen Stadtentwicklungsplan »StEP Zentren 2030« sollen in einem Hauptzentrum rund 50.000 bis 100.000 Quadratmeter Verkaufsfläche vorhanden sein, bei einem niedrigen Anteil von unter 15 % von Nahrungs- und Genussmitteln sowie einem hohen Anteil von über 40 % von Bekleidungsunternehmen.

Rückgang des Handels

Die Müllerstraße erfüllt diese Anforderungen nicht mehr. Im Jahr 2019 waren dort nur noch 51.800 Quadratmeter Verkaufsfläche verzeichnet, ein Rückgang von 13 % innerhalb von nur drei Jahren. Zusätzlich ging im Jahr 2020 aber auch noch das »Schillerpark-Center« im nördlichen Bereich der Geschäftsstraße verloren. Gegenwärtig ist noch nicht klar, was mit diesem Gebäude künftig geschehen wird. Und auch Karstadt am Leopoldplatz steht auf der Kippe. Die vom Handel genutzte Verkaufsfläche droht damit, auch langfristig weiter zurückzugehen. Auch der Branchenmix ist weit entfernt von den im »StEP Zentren 2030« gesetzten Zielen. Etwa 35 % der Flächen werden in der Müllerstraße für den Verkauf von Nahrungs- und Genussmitteln beansprucht, weit mehr also als die geforderten maximal 15 %. Das mag mit der Nähe zum Stadtzentrum zusammenhängen sowie der Nähe zu den Shopping-Malls im Umkreis (Kurt-Schumacher-Platz, Gesundbrunnen-Center, Schultheiß-Gelände), wo sich die



Ch. Eckelt

Angebote etwa im Bekleidungsbereich stark verdichten. Die Autoren des Konzepts empfehlen jedenfalls dennoch die Fortschreibung des Bereichs Müllerstraße als Hauptzentrum. Das erleichtert wahrscheinlich den Umgang mit den Problemfällen Schillerparkcenter und Karstadt. »Für beide Immobilien gilt es eine adäquate Nachnutzung zu finden, die der Versorgungsfunktion des Hauptzentrums gerecht wird und das Zentrum langfristig stabilisiert«, heißt es im Abschnitt zur Entwicklungsperspektive des Gebiets. Und kurz darauf folgt ein Alarmsatz: »Einsetzende Trading-Down-Tendenzen in zentralen Bereichen des Zentrums können durch städtebauliche Missstände (großflächige Leerstände im Bereich Leopoldcenter / Karstadt) auf weitere Bereiche übergreifen.«

Spirale abwärts?

Trading-Down – also eine Abwärtsspirale für den Handel durch eine immer geringwertigere Ausnutzung der vorhandenen Flächen – wäre das Worst Case-Szenario für die Müllerstraße als Geschäftsstraße. Dagegen kämpft der Bezirk zwar mit aller Macht an, durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie rückt das Szenario jedoch näher (siehe auch Seiten 12–13). Deshalb ist die Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts ja auch so wichtig. Dessen Autoren kommen dabei nicht aus Berlin: Das Büro »Stadt + Handel« hat seinen Hauptsitz in Dortmund und Ableger in Hamburg, Karlsruhe und Leipzig. Ein fachmännischer Blick von außen tut in Krisensituationen immer gut. Wo also sehen die Verfasser des Konzepts hauptsächlich die Mängel der Müllerstraße?

Vor allem im Punkt »Städtebauliche Struktur« fällt sie offenbar deutlich hinter die üblichen Standards in Deutschland zurück. Hier steht die Ampel auf Rot, mit der die Autoren ihre Bewertung signalisieren. Das ist vor allem das Resultat geschichtlicher Entwicklungen. Die Teilung Berlins nach dem zweiten Weltkrieg hat in der Müllerstraße eben extreme Spuren hinterlassen. So lag vor dem Krieg das Verkehrs- und Handelszentrum der Straße noch ganz in ihrem Süden, in der Nähe des Weddingplatzes, wo sich U- und S-Bahn sowie zahlreiche Straßenbahnlinien kreuz-

ten. Hier war auch ein großes Hertie-Kaufhaus angesiedelt. Dieses »natürliche Zentrum« verschob sich durch die Teilung nach Norden an den Leopoldplatz, der südliche Teil der Straße war durch die Berliner Mauer abgeschnitten und wurde durch administrative Gebäude wie die SPD-Landeszentrale oder das Arbeitsamt künstlich am Leben erhalten. Das nach dem Krieg vollständig demontierte Werk von Schering (inzwischen: Bayer-Healthcare Pharmaceuticals) wurde wiederaufgebaut und dabei sogar noch erweitert. Heute fehlt deshalb der Übergang der Müllerstraße zum historischen (und touristischen) Stadtzentrum.

Problempunkt Verkehr

Darüber hinaus gibt es an dem Ort mit der höchsten Verkehrsdichte, am U- und S-Bahnkreuz Wedding also, fast gar keine Handelsflächen. Andernorts wäre hier in den 1990er oder den frühen 2000er Jahren vermutlich ein großes Shopping-Center entstanden. Zudem ließ man es zu, dass im nördlichen Bereich der Müllerstraße zwei konkurrierende Handelskonzerne in großer räumlicher Nähe zueinander ihre Flaggschiff-Märkte errichteten. Das Duell »Real vs. Kaufland« spielte sich auch anderswo, etwa am Bahnhof Gesundbrunnen ab. Kaufland entschied es für sich. Jetzt fragt man sich, was aus dem Überbleibsel mit dem riesigen Parkdeck an der Ungarnstraße wohl werden soll. Kaum einem oder einer Einheimischen würde es überhaupt einfallen, die Ausdehnung des Urnenfriedhofs Seestraße bis an die Müllerstraße heran als städtebaulichen Missstand anzusehen. Die Autoren der Fortschreibung sehen ihn aber: Die überbreite Seestraße zerteile die Müllerstraße sowieso schon in zwei scharf voneinander abgegrenzte Teile, die Lücke am Friedhof verstärkte diese Spaltung erheblich. Das Schillerpark-Center sei damit an den lebendigsten Teil der Geschäftsstraße kaum angebunden. Allerdings ist es kaum vorstellbar, dass Straßen- und Grünflächenamt und die Denkmalschutzbehörde einer Blockrandbebauung der Müllerstraße an dieser Stelle zustimmen würden.

Auch in der Fahrbahngestaltung der Müllerstraße erkennen die Autoren eine Barriere: Die Einzelhandelslagen beidseitig des Straßenverlaufs sind voneinander getrennt, es fehlen Querungsmöglichkeiten für Fußgänger, heißt es in der Studie. Zusätzliche Gehwegvorstreckungen wären allerdings keine wirkliche Lösung. Das eigentliche Problem ist hier nämlich der starke Verkehr auf der Müllerstraße, weniger die Sichtbehinderung durch parkende Autos. Zusätzliche Ampelanlagen wären dringend erforderlich, werden aber vom der zuständigen Senatsabteilung Verkehrsmanagement regelmäßig abgelehnt. Noch besser wäre natürlich eine grundsätzliche Reduzierung des Verkehrs auf der Geschäftsstraße, also eine weiträumige Umleitung der übergeordneten Verkehrsströme etwa über die Amrumer, die Reinickendorfer oder die Erna-Samuel-Straße entlang des S-Bahn-Rings in Moabit. Warum nämlich ein Hauptzentrum des Einzelhandels unbedingt als Zubringer zur Autobahn dienen muss (wie man erleben kann, wenn man am Hauptbahnhof in den Fernbus Richtung Kopenhagen steigt), ist nicht nachzuvollziehen. Es gäbe auch andere Wege als den über die Müllerstraße und den Kurt-Schumacher-Damm!

Entwicklungsreserven hat, um es vorsichtig auszudrücken, die Straße auch noch in anderen Aspekten der Verkehrsplanung. Mit vier bis fünf U-Bahnhöfen, S- und Straßenbahnanschluss sowie zahlreichen Buslinien ist die Müllerstraße eigentlich hervorragend an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen. Dennoch steht die Ampel im Feld »Verkehrliche Erreichbarkeit« nur auf Gelb. Das liegt am völligen Fehlen von Radwegen im zentralen Geschäftsstraßenbereich zwischen Seestraße und Fennstraße. Für den Handel ist das ein echtes Hindernis. Denn immer mehr Kunden nutzen inzwischen das Fahrrad als Verkehrsmittel, auch der Wedding wird von diesem Trend immer stärker erfasst. Vor allem die jungen und kaufkräftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Büros, die in immer größerer Zahl überall in der Innenstadt – auch im Wedding – entstehen, nutzen oft und gerne das Rad. In den Neubauprojekten werden auch kaum noch Tiefgaragen für Autos gebaut, sondern vor allem Abstellplätze für Räder. Zwar gibt es bereits seit etwa zehn Jahren ausgearbeitete Pläne, wie man entlang der Müllerstraße einen Radweg errichten könnte. Die liegen aber solange auf Eis, bis die BVG die U-Bahntunnel unter der Straße saniert hat, und das wird noch Jahre dauern. So viel Zeit hat die Geschäftsstraße allerdings nicht mehr. cs

»Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts für den Bezirk Mitte von Berlin«, Stadt + Handel, März 2021; zu finden unter: www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksamt/beschluesse-des-bezirksamts/2021/artikel.1068187.php (Beschlüsse vom 6.4.2021) unter »Anlage 2 zur BA-Vorlage 1459/2021 Endbericht«.



Ch. Eckelt

An der Ecke Nazarethkirchstraße gab es einmal einen großen Nähmaschinenladen. Statt vom Handel wird die Fläche heute gastronomisch genutzt.

Nächstes Jahr – unter Vorbehalt

Auch im Wedding rückt die Parkraumbewirtschaftung näher

»Zwei neue Parkzonen gehen in Moabit in Betrieb«, »Parkzonen im Rathausviertel und im Westfälischen Viertel«, »Neue Parkraumbewirtschaftungszone Stephankiez/Lehrter Straße«, Parkzone 73 (Huttenkiez) und Parkzone 76 (Europa-City) voraussichtlich zum 1. August 2001 in Betrieb«: Monatlich hagelt es seit Anfang des Jahres Pressemitteilungen des Bezirksamtes Mitte zur Ausweisung neuer Zonen der Parkraumbewirtschaftung. Gebiete im Wedding finden sich nicht darunter. Noch nicht.

Denn zunächst ist Moabit an der Reihe. Bis zum September wird unser benachbarter Ortsteil voraussichtlich vollständig parkraumbewirtschaftet sein – vom Wedding dagegen nur ein winziger nahezu unbewohnter Zipfel rund um Bayer Pharma. »Weitere Zonen der Parkraumbewirtschaftung in Berlin-Mitte (Wedding) sind für Ende 2021/Anfang 2022 angedacht«, heißt es in der neuesten Erklärung vom 12. April. Und nach dem Komma: »vorbehaltlich bisher nicht kalkulierbarer Entwicklungen«.

Nicht kalkulierbarer Entwicklungen? Soll das etwa eine Umschreibung für den ungewissen weiteren Verlauf der Corona-Pandemie sein? Die Kontrolle von Falschparkern findet doch an der frischen Luft statt, wo die Ansteckungsgefahr nur sehr gering ist! Oder ist das ein versteckter Hinweis auf die Wahl am 26. September, bei der ja auch die politische Zusammensetzung des Bezirksamtes neu ausgerichtet wird? Gegen die Parkraumbewirtschaftung polemisiert inzwischen jedoch noch nicht einmal mehr die CDU, nach der Wahl wird sich in diesem Punkt deshalb vermutlich auch nichts großartig ändern. Einen Hinweis zum Verständnis dieser drei Worte liefert der unmittelbar folgende Satz: »Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parkraumüberwachung werden ab dem Zeitpunkt der jeweiligen Aktivierung in den neuen Parkraumzonen kontrollieren und freuen sich stets über personelle Verstärkung.« Die Worte »personelle Verstärkung« sind dabei als Link formatiert, klickt man ihn an, so landet man bei den aktuellen Stellenangeboten des Bezirks, einer ziemlich langen Liste.

Wahrscheinlich ist damit der Bereich der »nicht kalkulierbaren Entwicklungen« umschrieben. Denn der Ausbau der Parkraumbewirtschaftung im Bezirk Mitte ist ein sehr ehrgeiziges Projekt. In den sieben neuen Parkzonen von Moabit und Hansaviertel wohnen etwa 84.000 Menschen, in den sieben geplanten Zonen der Ortsteile Wedding und Gesundbrunnen noch einmal 140.000. Zusammen sind also fast zwei Drittel der Bewohnerinnen und Bewohner von Mitte betroffen, etwa doppelt so viele wie bisher, wobei der kleinere Brocken erst mal verdaut sein muss, bevor der ganz große in Angriff genommen werden kann.



Ch. Eckelt

Für die Parkraumüberwachung in Moabit und im Wedding sind insgesamt etwa 180 zusätzliche Mitarbeiter notwendig. Zwar verfügt der Arbeitsmarkt derzeit über ausreichende Kapazitäten (nebenbei – kommt da etwa eine Heerschar künstlerisch hochgebildeter »Mitarbeiter/innen in der Parkraumkontrolle« auf uns zu?). Aber die neuen Kräfte müssen ja auch ausgebildet und angeleitet werden. Man braucht qualifizierte Fachleute für die Koordination, die Personalverwaltung, die Abrechnung und die IT-Ausstattung, zudem müssen natürlich auch die unzähligen Anwohnergarnituren von irgendjemandem ausgegeben werden. Und außerdem benötigt man Räume, wo die Mitarbeiter Büroarbeiten erledigen können, sich umziehen, duschen etc. Das alles zu organisieren erfordert einen Kraftaufwand, der während der Pandemie nicht mal so nebenbei aus dem Home-Office heraus geleistet werden kann.

Deshalb müssen sich die Weddinger Autobesitzer noch etwas gedulden. Vorerst werden sie weiterhin auf der Suche nach freien Parkplätzen ihre Runden durch die Kieze drehen müssen. Wenn die Parkraumbewirtschaftung erst mal eingeführt ist, wird sich der Zeitaufwand dafür drastisch reduzieren. Dann wird man freilich seinen Besuch (der hoffentlich bald wieder erlaubt sein wird) darum bitten müssen, zu Fuß, mit dem ÖPNV oder mit dem Fahrrad zu kommen und nicht mit dem eigenen Auto. Denn das Ignorieren der Parkraumbewirtschaftung wird teurer als bisher: Für einfaches Falschparken stehen ab Spätsommer 35 Euro zu Buche. cs

PS: Wer sich für einen Job beim Ordnungsamt interessiert, kann sich auch initiativ bewerben, muss also nicht warten, bis eine offizielle Stellenausschreibung erscheint. Mehr Informationen unter: www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/ordnungsamt



Ch. Eckelt

Nach dem Mietendeckel

Mieterinnen und Mieter, deren Miete mit Inkrafttreten der zweiten Stufe des Mietendeckels am 23. November 2020 abgesenkt wurde, sind jetzt teilweise mit Rückforderungen der Vermieter konfrontiert. Sie sollten folgendes beachten:

1. Eine sofortige Kündigungsmöglichkeit besteht nicht, weil Mieterinnen und Mieter sich an geltendes Gesetz gehalten haben. Allerdings besteht eine alsbaldige Rückzahlungspflicht für Differenzbeträge (siehe 4.)
2. Auch Mieterinnen und Mieter, die sogenannte Schattenmietverträge unterzeichnet haben, müssen gegebenenfalls die Differenz zwischen der bis dato gedeckelten Miete und der vertraglich vereinbarten Miete zurückzahlen.
3. Einvernehmliche Vereinbarungen ohne Schattenmiete zum Beispiel bei neuen Mietverträgen haben Bestand.
4. Bestanden sonstige wirksam zivilrechtliche Vereinbarungen zur Miethöhe, sind diese in angemessener Frist zu erfüllen. Das bedeutet, dass die einbehaltenen Mieten aufgrund des Mietendeckels zurückzuzahlen sind. Die Rückzahlung wird mit Kenntnis des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts fällig. Eine Zahlungsaufforderung des Vermieters ist zwar wünschenswert, aber unter Umständen nicht erforderlich. Wer die offenstehenden Beträge nicht unmittelbar leisten kann, sollte mit dem Vermieter in Kontakt treten.
5. Bei Schattenmietvereinbarungen nach Wiedervermietung rät der Mieterverein dringend, sich beraten zu lassen!
6. Allen Mieterinnen und Mietern, die staatliche Leistungen wie Arbeitslosengeld II, Grundsicherung oder Asylbewerberleistungen beziehen und eine Nachforderung vom Vermieter erhalten, werden die Aufwendungen als einmalige Kosten für Unterkunft und Heizung erstattet.

Für alle anderen, die mit einem Nachzahlungsanspruch konfrontiert sind, diesen aber nicht aus eigener Kraft innerhalb des geforderten Zeitrahmens leisten können, hat der Berliner Senat sich auf eine schnelle und pragmatische

Unterstützung verständigt, die »Sicher Wohnen-Hilfe«. Hier kann man zinslose Darlehen in Form von (rückzahlenden!) Zuschüssen beantragen. Anspruchsberechtigt sind alle Haushalte, deren Einkommen bis zu 280 Prozent der Bundeseinkommensgrenze beträgt. Die Anträge sind bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen zu stellen. Für die Gewährung des Zuschusses muss eingereicht werden:

- Personalausweis/Meldebescheinigung,
 - Mietvertrag,
 - Mietzahlungsnachweis für die letzten drei Monate und
 - ein Schreiben/eine Forderung des/der Vermietenden.
- Eine Rückzahlung soll innerhalb von zwölf Monaten nach Erhalt des rückzahlenden Zuschusses erfolgen, in ein bis zwei Raten jeweils nach sechs bzw. zwölf Monaten. Die eingescannten Antragsdokumente können elektronisch auf der Website www.mietendeckel.berlin.de hochgeladen werden. Bitte beachten Sie: eine händische Unterschrift auf dem Antrag ist trotzdem notwendig! Die Antragsdokumente können auch postalisch verschickt werden an: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Sicher-Wohnen-Hilfe, Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin. www.mietendeckel.berlin.de

Quellen: Berliner Mieterverein, SenSW

KOMMENTAR

Der Ball liegt beim Bund

Es war eine schnelle Entscheidung, Denn Ende März hat der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts sich gar nicht erst mit den Details des Berliner Mietendeckels befasst und also keine inhaltliche, sondern eine schlichte Grundsatzenscheidung gefällt: Der Berliner Mietendeckel sei verfassungswidrig und damit nichtig, da der Bund das Mietpreisrecht geregelt habe.

Das Urteil war ein Rückschlag für Mieterinnen und Mieter – nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Großstädten, die unter den explodierenden Mieten leiden und voller Hoffnung nach Berlin geschaut hatten. Und dennoch ist es nicht das Ende vom Lied: Denn der Ball ist lediglich an den Bund zurückgegeben, und der Druck steigt weiter im Kessel, und coronabedingte Existenzsorgen verstärken ihn noch.

Schon viel zu lange hat der Bund tatenlos zugesehen, wie der vielbeschworene freie Markt immer dreister seine Renditeerwartungen über ein Grundrecht stellte. Die Maximalreaktion des Bundes war bislang eine zahnlose sogenannte Mietpreisbremse sowie weitere Milliarden zur Subventionierung von Häuslebauer (wie hieß gleich nochmal der Bundesbauminister, der irgendwie abgetaucht ist?)

Wer in diesem anstehenden Wahlkampf um Stimmen wirbt, der wird am Thema Mietenpolitik nicht mehr vorbeikommen. Mieterinnen und Mieter werden garantiert darüber nachdenken, ob sie so ein so existentielles Thema wirklich weiter den Seehofers, Scheuers oder Dobrindts überlassen wollen. us

Zusätzliche Anstrengungen notwendig

Corona wird in den Geschäftszentren noch lange nachwirken

Auch vor Corona ging es dem klassischen stationären Einzelhandel in weiten Teilen des Bezirks Mitte schon nicht besonders gut. Durch die Pandemie verschärften sich die Probleme jedoch dramatisch, vor allem für die prägenden Leitsortimente Bekleidung und Schuhe, die persönlichen Dienstleistungen und die Gastronomie. Das hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Stadt und ihr Gefüge. Für die städtischen Zentren besteht ein enormer Handlungsdruck.

Darauf machen auch die Autoren der »Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für den Bezirk Mitte« aufmerksam, die Mitte März übergeben wurde. Das Büro »Stadt + Handel« hatte darin im Auftrag des Stadtentwicklungsamtes des Bezirks Mitte die aktuelle Situation des Einzelhandels in den verschiedenen Ortsteilen und Stadtregionen analysiert und dabei konkrete Empfehlungen ausgesprochen. Während der Arbeiten an diesem Konzept erreichte aber die Corona-Pandemie auch Berlin. Die Autoren reagierten mit einem im letzter Minute verfassten Exkurs zur Pandemie, in dem es heißt: »Damit die Zentren auch noch künftig ihre Funktion als attraktive und lebendige Zentren sowie Mittelpunkt des öffentlichen Lebens – auch mit einem entsprechenden Einzelhandelsangebot – erfüllen können, erscheinen deutliche zusätzliche Anstrengungen des Bezirks notwendig.«

Exponentielles Wachstum des Onlinehandels

Dabei sehen sie für den Handel im Bezirk Mitte sogar auch neue Chancen. Falls nämlich nach dem Ende der Pandemie der bereits vorher beobachtete Trend zum »Erlebnishopping« verstärkt einsetzt, würde das Stadtzentrum von Berlin davon überproportional profitieren. Dieses Szenario nennen die Autoren des Konzepts »die neue Lust am Innenstadterlebnis«. Es wird jedoch konterkariert durch das Gegenszenario »Boost des Onlinehandels«, in dem der E-Commerce sein während der Pandemie gewonnenes Terrain verteidigt und dem stationären Einzelhandel einen großen Teil der Umsätze abspenstigt macht.

Schon vor der Pandemie konnte man beide Trends bundesweit beobachten. Der Onlinehandel gewann Jahr für Jahr mit exponentiellen Wachstumsraten Marktanteile. Die überschritten im Jahr 2018 die 10%-Marke und wurden in Prognosen für das Jahr 2025 sogar schon bei 25% des gesamten Handels in Deutschland gesehen. Das betraf aber vor allem die Handelssortimente Bekleidung, Schuhe/Lederwaren sowie Unterhaltungselektronik, wesentlich we-

niger dagegen die Waren des täglichen Bedarfs wie Nahrungs- und Genussmittel. Insbesondere aber der stationäre Einzelhandel mit Waren des mittel- und langfristigen Bedarfs wurde in der Pandemie durch die Lockdowns blockiert, was den Onlinehandel für diese Güter zusätzlich enorm stärkte. In Frage steht jetzt, wie weit der stationäre Handel seine Marktanteile nach der Krise wieder zurückerobern kann.

Gegentrend »Erlebnisorientierung«?

Der Trend zum »Erlebnis-Shopping« auf der anderen Seite wirkt schon längere Zeit vor allem auf die Innenstädte. Dort will man »bummeln« und nicht nur seine Einkaufslisten abarbeiten. Auch durch die persönlichen Erfahrungen des in den letzten Jahrzehnten rasch wachsenden Städtetourismus sind die Erwartungshaltungen der Kunden stark angestiegen. Sie betreffen auf der einen Seite die Präsentation der Waren, was sich unter anderem in einem stetig wachsenden Flächenbedarf des Einzelhandels ausdrückt. Andererseits wachsen aber auch die Ansprüche an das Umfeld der Geschäfte: Auch die kulturelle und städtebauliche Ausstattung der Geschäftsstraßen und -viertel spielt zunehmend eine Rolle – und natürlich das Angebot an klassischer Gastronomie, Beherbergungsbetrieben und persönlichen Dienstleistungen in Bereichen wie Kosmetik, Wellness, Fitness, Freizeitgestaltung sowie Gesundheit.

Hoffnungsträger Tourismus

In Berlin-Mitte hat die Bedeutung des Tourismus dabei enorm zugenommen. Die Zahl der in den Hotels der Stadt registrierten Übernachtungen hat sich seit der Jahrtausendwende alle zehn Jahre verdoppelt, bis zum Ausbruch der Pandemie also ungefähr vervierfacht. Gut 40% der Übernachtungen der Gesamtstadt finden dabei, laut der offiziellen Statistiken, im Bezirk Mitte statt. Im Jahr 2018 wurden etwa 5,7 Millionen Ankünfte in den Hotels des Bezirks registriert, auf jeden Bewohner des Bezirks kommen also etwa 15 Touristen im Jahr, die zusammen etwa 3 Milliarden Euro ausgeben – allerdings meist nur im unmittelbaren Zentrumsbereich und wesentlich seltener in Gebieten wie der Turmstraße oder der Müllerstraße.



Durch die Reisebeschränkungen im Laufe der Pandemie brach der Tourismus aber drastisch ein. In der Friedrichstraße oder in der »Mall of Berlin« am Leipziger Platz ist die Atmosphäre deshalb fast schon gespenstisch, selbst wenn die Geschäfte mal offen sein dürfen, ist es dort ziemlich einsam. In der Weddinger Müllerstraße oder in der Moabiter Turmstraße dagegen herrscht auch bei strengem Lockdown deutlich mehr Leben. Zum einen, weil dort deutlich mehr Menschen leben, zum anderen wegen der vielen Geschäfte für Waren des täglichen Bedarfs. Bekleidungs- und Schuhgeschäfte oder Elektromärkte sind hier dagegen schon vor Corona immer seltener geworden. Das große Kaufhausgebäude, in dem in der Müllerstraße einst C&A ansässig war, beherbergt inzwischen zum Beispiel einen Drogeriemarkt (im Abstand von ca. 200 Metern zur nächsten Filiale derselben Kette), einen türkischen Supermarkt und ein riesiges Fitness-Studio in den Obergeschossen.

Die Großen fressen die Kleinen

Aber auch hier hinterlässt die Pandemie schmerzhaft Spuren. Im Einzelhandel schreitet nämlich der Konzentrationsprozess auch ohne Corona schon schier unaufhörlich voran. Kleine, eigentümergeführte Betriebe verschwinden, große international operierende Ketten übernehmen. Durch die Pandemie verstärkt sich dieser Prozess. Denn viele kleinere Betriebe überleben die Lockdowns nicht, auch im Dienstleistungsbereich und in der Gastronomie, die für die Geschäftszentren der Städte eine ähnliche Bedeutung hat wie der Handel. Wer dagegen einen guten Zugang zu frischem Kapital hat – also die internationalen Ketten und Kapitalgesellschaften – wird sich nach der Pandemie die Rosinen herauspicken: die Geschäftsräume in den besten Lagen mit der höchsten Kundenfrequenz sowie die Betriebe mit den besten Ideen und der größten Wachstumsperspektive. Was aber, wenn die »Mall of Berlin« nur noch eine größere Ausgabe der »Mall of Wanne-Eickel« ist, weil sich überall dieselben Ketten mit denselben Angeboten präsentieren? Wenn sich »Erlebnis-Shopping« in den urbanen Zentren Europas nicht mehr voneinander unterscheidet und es nirgendwo mehr Neues zu entdecken gibt, wird auch der Shopping-Tourismus zum Erliegen kommen. Zumal die Flugpreise wohl auch nie mehr so billig werden wie vor der Pandemie. cs

»Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts für den Bezirk Mitte von Berlin«, Stadt + Handel, März 2021; zu finden unter: www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksamt/beschluesse-des-bezirksamts/2021/artikel.1068187.php (Beschlüsse vom 6. 4. 2021) unter »Anlage 2 zur BA-Vorlage 1459/2021 Endbericht«.



KOMMENTAR

Die Stadt jetzt nicht nur den großen Ketten überlassen!

Was kann die lokale Politik tun, um die Folgen der Pandemie für die Stadt möglichst gering zu halten? Schnelle Wirkung könnte zum Beispiel von einer konsequenten Verkehrspolitik ausgehen: Denn Geschäftsstraßen müssen heutzutage nicht mehr »autogerecht« sein. In der Berliner Innenstadt fährt fast keiner mehr mit dem Auto zum Einkaufsbummel. Geschäftsstraßen ganz ohne Fahrradwege (wie etwa der größte Teil der Müllerstraße) sind dagegen völlig aus der Zeit gefallen. Spürbar helfen würde es natürlich, wenn man solche Geschäftsstraßen aus dem Berliner Hauptverkehrsstraßennetz herausnimmt, wie es in der Friedrichstraße ja zum Teil schon geschieht. Es wäre die Aufgabe des Senats, eine entsprechende überregionale Verkehrsplanung zu entwickeln.

Auch eine Wirtschaftspolitik ist notwendig, die jene Kleinunternehmerinnen und -unternehmer unterstützt, die von der Pandemie in den Konkurs getrieben wurden. Wer weiß, was am konkreten Ort zu normalen Bedingungen wirtschaftlich funktioniert und auch schon die Leute und Netzwerke kennt, mit deren Hilfe das Konzept umgesetzt werden kann, braucht für einen Neubeginn vor allem frisches Kapital zum Investieren. Das müsste das Land Berlin günstig zur Verfügung stellen. Vermutlich werden entsprechende Programme schon ausgearbeitet – im kommenden Wahlkampf wird man uns zweifellos ausführlich darüber informieren. Könnte man diese nicht durch lokale Bürgerfonds ergänzen, die zum Beispiel die »besten Geschäftsideen für die Turmstraße« mit ansehnlichen Beträgen prämiieren, die den Unternehmen auch wirklich helfen? Viele der bereits jetzt ehrenamtlich in Stadtteil- und Betroffenenvertretungen, Quartiers- und Nachbarschaftsräten engagierten Bürgerinnen und Bürger würden für entsprechende Jurys gerne bereitstehen. cs



Großbaustelle Modernisierung

100 Jahre Groß-Berlin: Die verpasste Verwaltungsreform, Teil 3

Werden andernorts neue Stadtquartiere, ja ganze Regionen geplant und realisiert, etwa die Öresund-Region oder auch Wohnviertel in der finnischen Hauptstadt, fällt eines sofort auf: Von Anfang an wird die verkehrliche und soziale Infrastruktur gleich mitgedacht – und mitgebaut. Warum entstehen dann in Berlin neue Stadtviertel ohne Verkehrsanschluss, Kitas oder Bibliotheken? Liegt es vielleicht an der mangelnden Vernetzung der unterschiedlichen Ressorts und daran, dass niemand diese Prozesse koordiniert? Oder an einer Art überorganisierter Verantwortungslosigkeit, weil zu viele Mitwirkende sich sozusagen gegenseitig auf den Füßen stehen, oder an der Überbürokratisierung vieler Verfahren? Liegt es an der Doppelstruktur, die es leicht macht, die Verantwortlichkeiten immer wieder hin- und herzuschieben? Sicher von allem etwas – aber dahinter liegen grundsätzlichere Probleme.

1. Fachkompetenz und Überparteilichkeit bei politischen Entscheidungen

Das Klagen über die Berliner Verwaltung und ihre enorm langwierigen Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse ist so allgegenwärtig wie wohlfeil. Doch das greift zu kurz: Es geht letztlich um das Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft.

Allzu oft erlebt man, dass die Politik sowohl auf Stadt- als auch auf Bezirksebene Versprechungen macht, die die Verwaltung praktisch gar nicht umsetzen kann, weil sie z.B. mit geltendem Recht kollidieren. Die politischen Zielvorgaben des Abgeordnetenhauses werden manchmal getroffen, ohne sich für die Umsetzbarkeit zu interessieren. Verwaltungsexperten fordern daher zum einen mehr Fachkompetenz in der Politik, zum anderen prinzipiell mehr Überparteilichkeit bei Entscheidungsprozessen: Denn letztlich gehe es hier um eine gemeinsame Säule der Demokratie.

2. Mangelnde Klarheit in der Beteiligungsprozessen

Zur Demokratie gehört auch die Einbeziehung der Bürger – und deren Beteiligung hat sich ja die Berliner Politik groß auf die Flagge geschrieben. Zu Recht, denn wo die Bürgerschaft nicht das Gefühl hat, ernst genommen zu werden, blühen auch Politik- und Demokratieverdrossenheit, und die Bereitschaft zu Veränderungen sinkt. Allerdings treibt das auch manchmal merkwürdige Blüten: so gibt es plötzlich eine Vielzahl von Beteiligungsgremien – auf Senatsebene und den einzelnen Bezirksebenen, institutionalisiert oder vorhabenbezogen – dass es schwer ist, den Überblick zu behalten und klare Strukturen zu erkennen. Andererseits erleben wir oft, dass es manchmal nur einer kleinen Bürgerinitiative bedarf, um z.B. den Neubau dringend benötigter Wohnungen auszubremsen – nach der Devise »not in my backyard«. Praktiker aus Politik und Verwaltung wie der Staatssekretär Frank Nägele sprechen vom Spannungsfeld zwischen Gesellschaft und Individualinteressen, in dem es weniger an Partizipation denn vielmehr an Steuerung mangle. Gefragt seien politische Überzeugungs- und Führungskraft: Die Moderation von Konflikten dürfte nicht Amtsleitern aufgebürdet werden. Beteiligung dürfe überdies nicht signalisieren, dass die Entscheidung dann den Interessengruppen überlassen werde: Verantwortungsträger müssten sich vielmehr »trauen, Entscheidungen zu treffen, auch wenn andere dagegen sind«.

3. Wertschätzung und Erneuerung der Verwaltung

Der rigide Sparkurs der 2000er Jahre ging an der Verwaltung nicht spurlos vorbei: Die Folgen der Ausdünnung und des Einstellungsstopps wirken bis heute nach: in jedem Bürgeramt, bei jeder neuen Grünfläche oder bei Verkehrsvorhaben besichtigen. Ein guter Teil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wird in den nächsten Jahren in Rente gehen, es fehlt also an jungem Nachwuchs. Dabei ist es wenig hilfreich, wenn die Verwaltung von der Politik geringgeschätzt und schlecht behandelt wird, Wovoreit etwa machte gar keinen Hehl daraus, wie wenig er vom Öffentlichen Dienst hielt. So motiviert man aber keine Mitarbeiter und gewinnt auch keine jungen Mitarbeiter, die dringend gebraucht werden.

4. E-Government, Digitalisierung, besser vernetzte Strukturen

Dass eine moderne Verwaltung auch moderne Technik benötigt, um effizient arbeiten zu können, liegt auf der Hand. Dabei geht es aber nicht nur um ein neueres Betriebssystem auf jedem Rechner, sondern um die Erarbeitung von Strukturen in der Vernetzung. Man benötigt zudem – jenseits des Tagesgeschäfts – die Möglichkeit, Wege des »neuen Arbeitens« zu suchen, einen Ort des spielerischen Umgangs und Ausprobierens. Das »Citylab« in Tempelhof ist so ein Ort, wo Verwaltungsmitarbeiter neue Impulse tanken – Frank Nägele, Staatssekretär für Modernisierung, berichtet, dass Mitarbeiter vom dort regelmäßig mit leuchtenden Augen zurückkommen.

Kurz: Die Baustelle mit dem Ziel der Verwaltungsmodernisierung ist groß. Es mangelt also nicht an Arbeit in der nächsten Legislaturperiode – wer auch immer Berlin dann regiert.

us



Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe

Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephrain.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung

Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: Di 9–12 Uhr,
donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32

Lebendiges Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße

Gonzalo Milcoff (030) 9018 45409
gonzalo.milcoff@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement

Jahn, Mack und Partner
Wilhelm-Kabus-Straße 74, 10829 Berlin
Karsten Scheffer (030) 85 75 77 28
Carla Schwarz (030) 85 75 77 26
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße

Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
(030) 34 39 47 80 (AB), (0174) 701 35 94
menschueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de
Wenn Sie per E-Mail Informationen der Stadtteilvertretung erhalten möchten, dann senden Sie eine E-Mail an: mitteilungen@stadtteilvertretung.de



Informationen und Dokumentationen zum Lebendigen Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- Programmkulisse
- Aktives Stadtzentrum
- - Sanierungsgebietsgrenze

Runder Tisch Leopoldplatz

Frau Castelot
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-322 50

Quartiersmanagement Pankstraße

Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Runder Tisch Sprengelkiez

Sprengelstraße 15, 13353 Berlin
(030) 20 06 78 85
info@runder-tisch-sprengelkiez.de
www.runder-tisch-sprengelkiez.de

Mieterberatung Wedding

für Bewohner der Milieuschutzgebiete Sparrplatz, Leopoldplatz und Seestraße sowie des Sanierungsgebietes Müllerstraße
Mo 10–12 Uhr, Do 16–18 Uhr
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
(030) 44 33 81-11
www.mieterberatungpb.de
team-wedding@mieterberatungpb.de



Ch. Eckelt

ECKENSTEHER

Wedding international: Das Virchow

Als ich neulich im Virchow lag (keine ganz schlimme Sache zum Glück), durfte ich erleben, wie international die Klinik inzwischen aufgestellt ist. Mein Zimmernachbar aus Aserbaidschan sprach nämlich kein Wort Deutsch. Er muss zu Zeiten nach Deutschland gekommen sein, als »Integration« noch ein selten gebrauchtes Fremdwort war und man nicht mal entfernt daran dachte, Flüchtlingen Deutschkurse anzubieten, weil die ja nur vorübergehend bei uns bleiben sollten. Er hatte aber erwachsene Kinder, die für ihn am Telefon übersetzen konnten, wenn es mal nicht anders ging.

Das kam aber nur selten vor. Denn tagsüber war eigentlich immer eine Ärztin oder ein Pfleger greifbar, der entweder Russisch oder Türkisch konnte. Diese beiden Sprachen beherrschte mein aserbaidschanischer Zimmergenosse ziemlich gut. Mich überraschte dabei, wie viele Ärzte und Schwestern Russisch sprachen, Bulgarisch, Ukrainisch, Polnisch, Tschechisch, Serbokroatisch oder einen anderen slawischen Dialekt. Offenbar ziehen wir derzeit das medizinische Personal aus ganz Osteuropa zu uns, weil wir hier deutlich besser bezahlen als dort (aber nicht genug, um die hier aufgewachsenen Pflegekräfte bei Stange zu halten). Viele müssen schon in der Schule Deutsch gelernt haben. Denn das sprachen sie ziemlich gut.

Vermutlich genießt die Charité in Osteuropa aber auch einen besonders guten Ruf, der sich in den letzten Monaten noch deutlich verbessert hat. Nicht nur wegen Christian Drostens, der diesen PCR-Test entwickelt hat, von dem ständig die Rede ist. Sondern vor allem wegen des Kreml-Kritikers Alexej Navalny, der nach einem Giftanschlag bewusstlos und halbtot von Sibirien nach Berlin gebracht worden war, wo ihn die Ärzte der Charité wieder zusammenflickten. Diese Geschichte mit den Elementen des klassischen Agenten-Thrillers ging durch die ganze Welt und hat dabei der Berliner Universitätsklinik ein enormes Ansehen gebracht. Mein türkischstämmiger Pfleger erzählte mir in diesem Zusammenhang, die Klinik sei schon seit längerem dabei, ihre Abteilung für internationale Privatkunden deutlich auszubauen.

Sie wäre dumm, wenn sie es nicht täte. Denn mit dem Geld der russischen Oligarchen und der arabischen Scheichs könnte sie definitiv Gutes tun – zum Beispiel ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ordentliche Löhne zu zahlen. Auch der Wedding könnte von diesem ganz speziellen Tourismus-Boom profitieren. Die internationalen Privatpatienten bringen ja meist auch Familie mit und benötigen deshalb Unterkunft, Dolmetscher, Verpflegung, Sicherheitspersonal usw. Der international aufgestellte Stadtteil könnte da sicherlich einiges organisieren. Man müsste sich nur daran gewöhnen, häufiger mal Frauen in Vollverschleierung anzutreffen: Das sind nicht zwangsläufig IS-Anhängerinnen, sondern höchstwahrscheinlich bloß Mütter, Frauen, Schwestern oder Töchter internationaler Patienten des Virchow.